

Viktoria Waltz

Parallelgesellschaften versus Integration?

Türkische Migranten unter Generalverdacht trotz individueller Integrationsleistungen und struktureller Diskriminierungserfahrungen

Die Diskussion um Parallelgesellschaften bezieht sich vor allem auf die ‚türkischstämmige‘ Minderheit. Nur marginal geht es auch um Migranten aus Osteuropa, die sich schon dadurch unterscheiden, dass sie zumeist deutscher Abstammung sind, außerdem Christen oder Juden, und für diese ‚Aussiedler‘ gibt es besondere Integrationsprogramme, Deutschkurse und Finanzhilfen. Aber auch sie leben zum Teil ‚ghettoisiert‘ und die Jugendlichen machen durchaus Diskriminierungserfahrungen.

Um die Frage klären zu können, ob sich die, vor allem nach dem tödlichen Attentat auf den Filmemacher Van Gogh im Frühjahr 2005 in den Niederlanden geführte, Diskussion um die drohende Gefahr einer Parallelgesellschaft in der Bundesrepublik vor realem Hintergrund bewegt, sind wir auf Definitionen angewiesen. Der Begriff der ‚Parallelgesellschaft‘ ist im Zusammenhang von Untersuchungen zu Migrantengruppen in den großen Städten zuerst von Heitmeyer aufgeworfen worden, der sich in einer Befragung von 1997 mit Vorstellungen und Werthaltungen türkischer Jugendlicher in NRW beschäftigt hatte und die Gefahr der Bildung einer Parallelgesellschaft innerhalb dieser Gruppe mit z.B. eigenen Werthaltungen heraufbeschwor (vgl. Heitmeyer et al. 1997:123; Heitmeyer 1997: 9). Häußermann hat 2005¹ folgende Definitionen vorgeschlagen, um der Frage nach der realen Bedrohung durch Parallelgesellschaften nachzugehen:

Definition 1:

Parallelgesellschaft finden wir dann vor, wenn es sich um eine ‚institutionelle Verdoppelung der Mehrheitsgesellschaft, einschließlich einer sanktionsfähigen Institutionalisierung eines parallelen Rechtskreises‘, handelt. (vgl. Heitmeyer 1997).

Definition 2:

Parallelgesellschaft finden wir dann vor, wenn ‚Gelegenheitsstrukturen für die dauerhafte Entfremdung der kulturell verschiedenen Kollektive der Gesellschaft‘ entstanden sind (vgl. Mayer 2005).

Diese Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass Parallelgesellschaften in unserer Gesellschaft möglicherweise vorhanden seien, weil ein ‚kulturell verschiedenes Kollektiv‘ (hier also die türkische Migrationsgruppe oder Teile davon) eigene Gesellschaftsstrukturen, etwa Rechtsprechung, und völlig andere, eigene Werte, entwickelt habe und der Gefahr einer dauerhaften Entfremdung von der Mehrheitsgesellschaft entgegengehe. Das sind harte Beschreibungen und es ist zu prüfen, ob solche Tendenzen vor allem auf die Migrantengruppe mit türkischer Herkunft oder Teile davon real zutreffen.

Auszug aus:

Ivonne Fischer-Krapohl, Viktoria Waltz (Hg.) (2007): Raum und Migration
Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen; Bd. 128

Es besteht aber der Verdacht, dass der Begriff Parallelgesellschaft politisch verwendet wird und vornehmlich ein nicht akzeptiertes Minderheitenverhalten im Gegensatz zu akzeptierten, z.B. subkulturellen Verhaltensweisen (etwa ‚Punk‘) beschreiben soll und seine Verwendung eher der Legitimierung verschiedener pädagogischer, politischer und polizeilicher Maßnahmen gegen abweichende Verhaltensweisen dient.

Der Begriff ‚Parallelgesellschaft‘ ist als Gegenbegriff zu ‚Integration‘ zu verstehen. Deshalb zu Beginn auch eine Definition dazu. Nicht nur Krummacher/Waltz (1996) verstehen unter Integration

Abb. 1: Die ältere Generation: Kopftücher, aber nicht automatisch türkisch



Foto: V. Waltz

das Vorhandensein der Möglichkeit zur komplexer Teilhabe am Gesellschaftsleben und verweisen sowohl auf das Vorhandensein individueller Fähigkeiten des Einzelnen zur Integration als auch und vor allem auf das Vorhandensein struktureller Bedingungen zur Verwirklichung von Integration, d.h. vor allem Chancengleichheit. Diese muss ganz besonders bei den vorhandenen strukturellen und staatlichen Rahmenbedingungen beginnen, also z.B. auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt sowie in der Schul- und Berufsausbildung. Im Übrigen ist Integration als ein gegenseitiger Lernprozess zwischen den Zuwanderern und der Mehrheitsgesellschaft anzusehen und keine ‚Einbahnstraße‘ der Anpassung.

Um diese Rahmenbedingungen geht es in diesem Beitrag zunächst, um den Stand der ‚strukturellen Integration‘ vor allem der türkischen Migranten, sofern diese erfassbar ist, ermitteln zu können. Der Beitrag stützt sich auf jüngere Forschungsergebnisse der Bundes- und Landespolitik, vor allem des Landes NRW (vgl. Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2005; ZfT 2003), sowie auf die allgemein zugänglichen Strukturdaten der Statistik des Bundes und der Bundesbeauftragten für Ausländerfragen über alle Migranten. Wichtig ist für uns, die Migranten differenziert zu betrachten und ihre Unterschiedlichkeit wahrzunehmen, sowohl hinsichtlich Nationalitäten als auch nach Aufenthaltsstatus, Dauer des Aufenthaltes, sozialem Status, nach Altersgruppen usw..

1. Die Auseinandersetzung mit der türkischen Migrantengruppe muss differenzieren

Ein Fehler ist immer wieder der, von ‚den Türken‘ zu sprechen und die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe als eine Einheit zu betrachten. Sie muss jedoch als vielschichtig, mobil, also nicht statisch, und vor allem als unterschiedlich und unterscheidbar wahrgenommen werden. Allgemein kann für diese fast 2 Millionen Menschen umfassende Bevölkerungsgruppe Folgendes gesagt werden, sofern diese Menschen über den Status als türkischstämmig erfassbar sind:

- Sie ist jung, ein Viertel der türkischstämmigen Bevölkerung ist unter 18 Jahren und nur 5% sind über 65 Jahre alt.
- Ihre Zusammensetzung als türkischstämmige Bevölkerung entspricht nicht mehr der Struktur der Anwerbezeit, nur 16% gehören noch zur Generation der ‚Gastarbeiter‘.

- Ihre Herkunft ist ebenso unterschiedlich wie in der Türkei, und wir können unter ihnen Laasen (aus der Schwarzmeerregion) ausmachen ebenso wie Tscherkessen, Tataren,

Abb. 2: Istanbuler Straßenszene



Foto: V. Waltz

Bosnier von der Ägäis (aus dem ehemaligen Jugoslawien), Roma und die Gruppe kurdischer Herkunft – auch die Reduzierung auf das Gegensatzpaar Kurden/Türken spiegelt in erster Linie eine bestimmte politische Haltung wider, nicht aber die ganze Realität der Minderheitenzusammensetzung in der Türkei, die sich schließlich auch in der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland wieder findet.

- Ihr Zusammenhang mit Deutschland hat sich zu einer festen Größe entwickelt: 35% der türkischstämmigen Bevölkerung sind in Deutschland geboren, zwei Drittel leben länger als 20 Jahre in Deutschland, zwei Drittel haben einen dauerhaften Aufenthaltsstatus.

- Nach der Religion sind sie mehrheitlich Muslime, und zwar zu fast 90% Sunniten, 10% unter ihnen bezeichnen sich als Aleviten (Shiiten), daneben gibt es etwa 1% Christen. (vgl. ZfT 2003)

1.1 Vor allem die junge türkischstämmige Bevölkerung ist integriert

Der Zweifel am Integrationswillen der ‚türkischstämmigen‘ Bevölkerung bezieht sich unter anderem auf folgende Aspekte, die als vermeintliche Indikatoren einer ‚erfolgreichen‘ Integration gesehen werden (vgl. Boos-Nünning/Karakaşoglu 2005):

- Beherrschung der deutschen Sprache,
- Erziehungsvorstellungen,
- Partnerwünsche,
- Bedeutung der Religion.

In der sogenannte ‚Mädchenstudie‘ des BMFSJ (vgl. dies. 2005) wurden Mädchen und junge Frauen der türkischstämmigen Bevölkerung zwischen 15 und 21 Jahren zu diesen ‚Indikatoren‘ befragt².

Im Folgenden werden einige Ergebnisse bezogen auf diese Indikatoren für Integration bzw. vermuteter Parallelgesellschaft zusammengefasst.

Die große Mehrheit der befragten Gruppe, die bereits die dritte oder vierte Generation ausmacht und von den vorherigen Generationen erzogen worden ist, hat seit der Geburt oder spätestens mit Schulbeginn ununterbrochen in Deutschland gelebt, mehr als ein Fünftel besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Überwiegend haben sie einen deutschen Kindergarten besucht. Ergebnis ist – und in den Interviews wurde dies bestätigt –, dass über die Hälfte ihr Deutsch als sehr gut einschätzen, mehr als andere Migrantinnen der befragten Gruppen kommunizieren sie alltäglich in beiden Sprachen. Fast alle wünschen sich für ihre Kinder eine zweisprachige Erziehung. Sie möchten ihren Partner selbst bestimmen und können sich eine so genannte ‚Zwangsheirat‘³ überhaupt nicht vorstellen. Nach ihrer Heirat wollen sie in großer Mehrheit ihre Arbeit nicht aufgeben, sondern Arbeit und Erziehung

Tab. 1: Aspekte der Integration von Mädchen und Jugendlichen aus der ‚Mädchenstudie‘, eine Auswahl

Aspekt	Anteil der Befragten aller Nationalitäten/Herkunftsländer
1. In Deutschland gelebt, mind. seit Schulbeginn	83%
2. Deutsche Staatsangehörigkeit	22%
3. Besuch eines Kindergartens	80%
4. Beherrschung der deutschen Sprache als gut eingeschätzt	50%
5. 2-sprachige Erziehung der Kinder erwünscht	95%
6. Selbstbestimmte Partnerwahl	90%
7. Verbindung von Beruf und Hausfrau nach der Ehe erwünscht	80%

Quelle: eigene Darstellung nach Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2005

kombinieren, denn sie sind gegen eine Rollenteilung, die dem Mann allein die Erwerbsarbeit zuschreibt und der Frau das Hausfrauendasein (vgl. Tabelle 1).

Die befragte Gruppe kann als Ergebnis dieser Untersuchung berechtigt als integriert bezeichnet werden.

1.2 Die junge türkischstämmige Bevölkerung ist auch in der Kultur der Eltern zu Hause

Wenn es um die Zugehörigkeit zur Kultur und zu Werten der Herkunftsgesellschaft der Eltern geht, dann sind die jungen Mädchen und Frauen der türkischstämmigen Bevölkerung nicht viel anders als Jugendliche aus anderen Migrantenfamilien (vgl. im Folgenden Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2005). Sie fühlen sich zu 59% ihrer ‚Ethnie‘ zugehörig, sogar geringer als die griechischen Mädchen und jungen Frauen (77%), die italienischen (65%) oder kaum mehr als die (ehemals) jugoslawischen (56%). 79% haben vor allem einen Freundeskreis im ‚eigenethnischen‘ Milieu, wie die griechischen mit 64%. 75% von ihnen sprechen zu Hause die Sprache der Familie, also türkisch, nicht viel anders als z.B. die griechischen mit 66%. Sie sind sehr familienorientiert, 37% von ihnen würden nach einer Heirat durchaus noch mit der Familie zusammenleben wollen, auch 30% der italienischen Mädchen wollen dies. Für stark religiös halten sich immerhin 59%, aber auch 51% der griechisch-orthodoxen Mädchen beschreiben sich so. Überraschend ist eher die Aussage, dass sich die türkischstämmigen Mädchen und Jugendlichen wie die (ehemals) jugoslawischen mehrheitlich in Deutschland zu Hause fühlen, während die griechischen sich mehrheitlich im Herkunftsland der Eltern zu Hause fühlen. Zu dieser Aussage muss ergänzt werden, dass hier die anderen Rahmenbedingungen eine erhebliche Rolle spielen, denn griechische Jugendliche haben die Möglichkeit, in Deutschland eine griechische (staatliche) Schule zu besuchen.

Tab. 2: Aspekte der Integration von Mädchen und Jugendlichen aus der ‚Mädchenstudie‘.

Ein Vergleich der Aussagen griechischer (christlicher) und türkischer (muslimischer) Mädchen

Selbsteinschätzung der jeweiligen Gruppe in %					
Aspekt					
Gruppe nach Herkunft	Mehrheitlich wo zu Hause?	Zugehörigkeit zur eigenen Ethnie?	Freunde im eigenethnischen Milieu?	Zu Hause Gebrauch der Muttersprache?	Stark religiös?
türkisch	Deutschland	59%	79%	75%	59%
griechisch	Griechenland	77%	64%	66%	51%

Quelle: eigene Darstellung nach Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2005

Dies tun sie auch mehrheitlich und verbringen damit schulisch gesehen den Alltag vor allem in einem griechischen Milieu. Allerdings wird im Zusammenhang mit der griechischstämmigen Gemeinde nicht von einer Parallelgesellschaft gesprochen.

1.3 Die türkischstämmige Bevölkerung: parallel und integriert

In einer Langzeitstudie des Zentrums für Türkeistudien im Auftrag des Landes NRW über ‚Konstanz und Wandel‘ in NRW, einem der Länder mit den höchsten Einwandererzahlen und ‚türkischstämmiger‘ Bevölkerung (vgl. ZfT 2003) wird deutlich, dass sich die ‚Integration‘ der türkischstämmigen Bevölkerung insgesamt, nicht nur die Gruppe der jungen Mädchen und Frauen, stabilisiert hat, aber auch inner- und interethnische Lebensbereiche von Bedeutung sind (vgl. im Folgenden ZfT 2003). Neben Sprache und Ausbildung wurden weitere Aspekte, nämlich Einbürgerungs- und Rückkehrwillen, Nutzung von deutschen und türkischen Medien, Zusammensetzung des Freundeskreises, Kontakte zu Deutschen, die Zugehörigkeit zu Vereinen, das jeweilige Wohnumfeld und die Bedeutung der Religion als Indikatoren für paralleles und/oder integriertes Leben abgefragt. Danach sind folgende Feststellungen ableitbar.

Besonders im Bereich der Bildung (auch wenn es immer wieder geringe Einbrüche gegeben hat) hat Integration stattgefunden:

- 50% aller Befragten haben das deutsche Schulsystem absolviert. 75% der 30-jährigen z.B. stuften ihr Deutsch als gut ein – es sind die Älteren, die größere Defizite haben.
- 90% der Befragten nutzen neben den türkischen auch die deutschen Medien – und dies gleichwertig und parallel, und es geht sowohl um Zeitungen als auch um das Fernsehen und das Radio.

Was das ‚Zuhausesein‘ in Deutschland angeht, zeigen sich viele Integrationsbausteine realisiert:

- 33% sind inzwischen eingebürgert
- 75% planen nicht mehr in die Türkei zurückzukehren, die Türkei ist für sie eher Urlaubsland
- 55% der jungen und ausgebildeten Türkinnen (also nicht diejenigen ohne Schul- und Ausbildungsabschluss) haben deutsche Freunde
- 50% von ihnen sind in deutschen Vereinen organisiert, zumeist in den Bereichen Sport, Fitness und Fußball.
- 58% wohnen – entgegen den herkömmlichen Vorstellungen – in einem mehrheitlich von Deutschen geprägten Umfeld.

Was das ‚Parallele‘ angeht, und zum Teil als die Kehrseite dessen erscheint, was bisher berichtet wurde, sind folgende Fakten von Interesse, die aber auch Fragen zur bestehenden hiesigen Gesellschafts- und Politikstruktur aufwerfen:

- 90% aller Befragten haben mindestens in einem Bereich, Arbeit oder Wohnumfeld, Kontakt zu Deutschen, aber ebenso viele wünschen sich mehr. – Welche Seite nicht will oder kann, wäre zu untersuchen.
- 20% der türkischstämmigen Bevölkerung in NRW sind in türkischen Vereinen organisiert, aber nicht nur oder vor allem in religiösen; diese so genannten Kulturvereine bieten

mehr als das Freitagsgebet, nämlich Steuerberatung, Familienberatung oder Deutschkurse an, also Selbsthilfe. – Bestehen solche Angebote in deutschen Einrichtungen für MigrantInnen gar nicht oder nicht in der ‚sicheren‘ Muttersprache, wäre zu fragen.

- 71% sehen sich als religiöse Muslime, und das hat sich seit 2000 verändert, damals waren es nur 57%. – Was dazu geführt hat (das Alter, der 11. September 2001 und die Reaktionen darauf), der Grund dafür müsste untersucht werden.
- 50% haben das deutsche Schulsystem nicht absolviert, vor allem die ersten Einwanderergruppen; selbst diejenigen, die ihre Deutschkenntnisse als gut und sehr gut einschätzen, wünschen sich zu 90% Beratungsinformationen in türkischer Sprache, zum Beispiel im Gesundheitswesen, in allen Ämtern, zum Schul- und Kindergartenbesuch und in anderen relevanten Bereichen des Alltagslebens. – Warum das falsch sein sollte, und warum es das nach wie vor nicht gibt, ist zu fragen.
- 67% sind nicht eingebürgert, haben aber auch gute Gründe dafür, die im Materiellen wie im Bereich persönlicher Identität liegen können, die nun mal nicht wegzudenken ist. – Dies können uns Psychologen erklären.
- 37% leben immerhin in einem vor allem türkisch geprägten Umfeld – ob das immer freiwillig und ein selbst gewähltes ‚Ghetto‘ ist oder welche Umstände und Bedingungen dazu geführt haben, müsste untersucht werden.
- Eine Befragung im Rahmen einer Diplomarbeit an der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund, zu Wohnwünschen und Eigenheimbildung bei türkischen Familien (vgl. Bursa 2004) kommt zu dem Ergebnis, dass die meisten Wohnwünsche nach größeren familiengerechteren Wohnungen und besserer Qualität an Ausstattung und Umfeld nicht auf dem Markt befriedigt werden können. Eher strukturelle Hindernisse als persönliche Vorlieben scheinen vorzuliegen. Und offensichtlich gibt es so etwas wie ‚ethnische Diskriminierung‘ auf dem Wohnungsmarkt, wie es beispielsweise auch der Dortmunder Mieterverein bestätigt (in einem Gespräch mit einer Erstsemestergruppe der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund am 24. Oktober 2003, siehe auch den Beitrag von Bursa in diesem Band) – also auch da eine offene Frage.

Die zitierten Untersuchungen machen deutlich, dass von einer Verweigerung der Integration bei den türkischstämmigen Migranten nicht die Rede sein kann und die Behauptung über die Bildung einer Parallelgesellschaft nicht zu halten ist. Eher könnte festgehalten werden, dass dieses oben gezeichnete Doppelleben ein Meisterstück der Integration der Individuen zu sein scheint – ohne Verlust der Identität. Das Beziehen, vielleicht auch Zurückziehen auf oder in eigenethnische Zusammenhänge und die Religion muss dann auch mehrseitig verstanden werden. Es ist möglicherweise nicht nur vor allem Reaktion auf Ablehnung und Frustration über strukturelle Behin-

Abb. 3: Frischer Fisch, täglich – deutsch und türkisch



Foto: V. Waltz

derungen, die zu beseitigen wären, sondern auch ein Stück notwendiger Identität. Erst wenn wir dies besser wissen, können wir genauer klären, ob bewusst oder unbewusst eine parallele Gesellschaftsstruktur aufgebaut wird, die dauerhaft zu einer Entfremdung führen müsse. Schauen wir uns die strukturellen Merkmale der Integration in die Mehrheitsgesellschaft an.

1.4 Integration der Migranten- in die Mehrheitsgesellschaft: Strukturelle Merkmale

Strukturelle Integration ist ein entscheidender Gradmesser für den Zustand der Gesellschaft, in der Minderheiten leben. Schaut man sich die heutige Situation der Migranten, als Ergebnis von 50 Jahren Leben in Deutschland, im Vergleich zu den Deutschen an, dann sieht es mit den strukturellen Rahmenbedingungen der Integration nicht gut aus. Es ist noch heute so, dass die Zuwanderer von allem Positiven in der Gesellschaft die Hälfte und von allem Negativen das Doppelte erfahren, wie im Folgenden deutlich wird. (vgl. Tabelle 3)

Zum Bereich Arbeit:

- Ausländische Arbeitnehmer sind immer noch mehrheitlich als ungelernete und angelernte Arbeiter beschäftigt, ihre Kinder folgen noch häufig dieser negativen ‚KARRIERE‘, damit ist ihr wirtschaftliches Risiko im Alter und in Krisenzeiten vorprogrammiert.
- Ausländische Arbeitnehmer sind in mehr als doppelt so hohem Maße arbeitslos.

Zum Bereich Einkommen:

- Ausländische Arbeitnehmer haben im Durchschnitt weniger Einkommen, vor allem wegen der größeren Familien auch beim Einkommen pro Kopf, obwohl oft mehrere Verdienner dazugehören.
- Ausländische Arbeitnehmer erhalten öfter Leistungen nach dem HZL-Gesetz (Hilfe zum Lebensunterhalt), und wie bei deutschen armen Familien betrifft es anteilig viele Kinder.

Zum Bereich Bildung, Ausbildung:

- Ausländische Jugendliche und Kinder haben zwar in den letzten 30 Jahren Fortschritte im Schulleben verzeichnen können, *aber:*
- immer noch ist die Hauptschule die ‚Erziehungsanstalt‘ der Migranten und ihr Anteil in der ‚Hauptschule‘ ist fast doppelt so hoch wie der deutscher Kinder;
- der Anteil der Migranten-Kinder ohne Hauptschulabschluss beträgt fast 20%.
- Die ‚Mädchenstudie‘ besagt aber auch, dass die junge Generation aufstiegserfolgreich ist; angesichts von 90% Eltern aus dem Arbeitermilieu ist der Anteil ihrer Kinder bei weiterführenden Abschlüssen doch vergleichsweise hoch und hat sich in den letzten 30 Jahren auf 39% verdoppelt. (vgl. Boos-Nünning/Karakaşoglu 2005)

Zum Bereich Wohnen:

- Ausländische Familien haben zwar an der allgemeinen Qualitätsverbesserung im Wohnungsbereich teilgenommen, *aber:*
- bei den schlechteren Wohnlagen und den schlechteren Wohnqualitäten sind sie deutlich überrepräsentiert;
- der Wohneigentümergehalt ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen – aber das damit verbundene hohe finanzielle Risiko wird oft nur deshalb eingegangen, weil der Marktzugang zu besseren Mietwohnungen ihnen, und vor allem den türkischstämmigen Familien, versperrt bleibt. (vgl. Bursa 2004)

Tab. 3: Ausgewählte Indikatoren zur sozialen Lage von deutschen und ausländischen EinwohnerInnen in der Bundesrepublik Deutschland

Merkmal	Deutsche	Ausländer
Wohnbevölkerung, BRD-Gesamt, 2004	75,8 Mio. 91,8%	6,7 Mio. 8,2%
Arbeitsmarkt/Erwerbstätigkeit		
Stellung im Beruf, BRD-Gesamt, 2000		
- ungelernete/angelernete Arbeiter	12,0%	44,0%
- Facharbeiter/Meister	19,0%	17,0%
- Angestellte und Beamte	54,0%	31,0%
- Selbständige	10,0%	8,0%
Anteil der Auszubildenden an 15 bis 18jährigen, 2003	60,0%	27,0%
Junge Erwachsene (20 bis 29 Jahre) ohne abgeschlossene Berufsausbildung, 2003	8,7%	38,7%
Arbeitslosenquote, BRD-Gesamt, Sept. 2005	11,8%	24,8%
Einkommen		
Netto-Haushaltseinkommen NRW, 2002	2.340 €	1.730 €
Netto-Haushaltseinkommen pro Kopf NRW, 2002	1.190 €	760 €
Sozialhilfeempfänger (HzL)-Anteil BRD, 2003	2,9%	8,4%
Asyl-Bewerberleistungsgesetz-Anteil BRD, 2003	-	3,6%
Elementarerbziehung/Schulbildung		
Kindergartenbesuch (3 bis 6 Jahre) BRD-West, 2003	76,0%	71,0%
Abschluss der Schulabgänger, BRD-Gesamt, 2002		
- ohne Hauptschulabschluss	8,0%	19,0%
- Hauptschulabschluss	24,0%	41,0%
- Realschulabschluss	41,0%	29,0%
- Abitur/Fachabitur	26,0%	11,0%
Wohnen		
Wohnfläche pro Person, BRD-Gesamt, 2002	43m ²	27m ²
Wohnungsausstattung, BRD-West, 1998		
- gut: Bad, WC, Zentralheizung, Balkon/Terrasse	73,0%	44,0%
- mittel: Bad/WC/Zentralheizung, ohne Balkon/Terrasse	22,0%	40,0%
- niedrig: ohne Zentralheizung, ohne Balkon/Terrasse	5,0%	16,0%
Monatsmiete pro m ² , 2002	5,78 €	6,16 €
Mietbelastung (Anteil am Einkommen) 2002	22,6%	24,3%
Wohnungseigentümeranteil, BRD-Gesamt, 2002	43,7%	15,5%

Quellen: Zusammenstellung Krummacker 2005, z.T. eigene Berechnung nach:

Integrationsbeauftragte der Bundesregierung 2002, 2005; BMA 2001: 199ff; BMFSFJ 2000; Bt-Drs. 15/ 50152: 2. Armuts- und Reichtumsbericht 2005; Regionalverband Ruhrgebiet: Arbeitsmarkt Ruhrgebiet, H. 10-2005; Hanesch/Krause/Bäcker 2000: 430ff; MGSSF-NRW 2004: 3. Zuwanderungsbericht der Landesregierung NRW; Mikrozensus 2003; Statistisches Bundesamt 2004

Anmerkung: Die offizielle Ausländerstatistik ist nur begrenzt aussagekräftig, da sie nur Ausländer nach Pass umfasst.

1.5 Resümee: Parallelgesellschaft türkischstämmiger Bevölkerung?

Wenn wir die Frage beantworten sollen, ob die türkischstämmige Bevölkerung eine Parallelgesellschaft im Sinne von Heitmeyer (1997) bzw. Mayer (2005) lebt oder davon bedroht ist, ist die Antwort mit Sicherheit nein. Nach den oben dargestellten Befunden kann weder von ‚der‘ türkischstämmigen Gesellschaft als einer Einheit gesprochen werden, noch davon, dass sie sich abkapselt und entfremdet. Es werden eher Fragen relevant, warum Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik der strukturellen Benachteiligung in den Jahren nach dem Ende der Anwerbepolitik nichts entgegen gesetzt haben oder setzen konnten, und damit eher eine „Parallelität“ bei der Verteilung der Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft zwischen Deutschen und Migranten begünstigt hat. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei der Debatte um Parallelgesellschaft bezogen auf die türkischstämmige vor allem um eine politisch gewollte Auseinandersetzung handelt, um nicht über Defizite in Politik und Gesellschaft zur Integration und Chancengleichheit von Migrantengruppen sprechen zu müssen, die vor allem im Bildungs- und Ausbildungsbereich zu diagnostizieren sind.

Außerdem scheint der Kern der Auseinandersetzung ein eher rückwärtsgewandter zu sein: die mittelalterlich anmutende Kluft zwischen Christentum und Islam scheint bis in die heutige, sich säkularisiert definierende deutsche Gesellschaft zu reichen und ist offenbar als Mobilisierungspotenzial gegen Muslime in Gang zu setzen. Andere Gruppen, wie die griechischen Mädchen und jungen Frauen, deren Heimatzugehörigkeit zu Griechenland, wie wir gesehen haben, viel eindeutiger ausgedrückt wurde, scheinen die Öffentlichkeit nicht zu beunruhigen – es ist eine kleine Minderheit, und es sind Christen, wenn auch nicht römisch-katholische oder protestantische. Globale Politikereignisse leisten (leider) ihren ergänzenden Beitrag zur Diskriminierung der muslimischen Zuwanderer.

Schauen wir uns als ein weiteres Kontraststück die Integrationsleistungen ganz anderer Migranten an, die Geld haben, aus reichen Ländern kommen und sehr selbstbewusst bestimmen, wie sie in einem ihnen fremden Land leben wollen. Das wirft die Frage auf: ist das Thema Parallelgesellschaft dann nicht relevant, wenn es nur die ‚richtigen‘ Menschen sind?

Exkurs: Parallelgesellschaften – kein Problem, wenn es nur die ‚richtigen‘ Menschen sind?

Allen, die sich mit dem Begriff der Parallelgesellschaft beschäftigen, sind die heutigen ‚Kolonien‘ diverser Ausländer vor allem in den Touristenzentren, aber auch den neuen wirtschaftlichen Zentren bekannt. Manches davon hat kuriose oder auch peinliche Züge, wie die sogenannte ‚Ballermanngesellschaft‘ auf Mallorca. Manches ist Ausdruck einer Gesellschaft, die auf Migration basiert und sie für normal hält und nichts Besonderes darin findet, wenn sich ein ethnisch besonderer Teil der Gesellschaft öffentlich zeigt und das Andersartige im Rahmen des Mehrheitlichen demonstriert. Manches ist auch Ausdruck politischer Erwünschtheit und das ‚Ethnische‘ wird toleriert oder gar hofiert. Und wiederum an ganz anderer Stelle tummelt sich nur die reiche Weltgesellschaft in ihrem Reichtum und präsentiert sich so der gesamten Welt – die unterschiedliche Herkunft spielt nicht die geringste Rolle, solange der ‚Rubel rollt‘. Stichworte dazu sind etwa:

- Der jährlich wiederkehrende Tag der Puertoricaner in New York, wenn der Central Parc mit puertoricanischer Musik, puertoricanischen Fahnen und der amerikanischen Flagge Fremdheit und Zugehörigkeit zugleich widerspiegelt.
- Einmal im Jahr zelebriert die japanische Businessgesellschaft in Düsseldorf ihre Fremdheit mit Sushi und einem riesigen japanischen Rheinferwerwerk – die Stadt hat japanisch dominierte Wohnviertel, allerdings keine armen.
- Die russische Einwanderergruppe in Israel bildet inzwischen eine relevante Mehrheit; sie ist aus demografischen Gründen erwünscht und hat ihren Einfluss soweit ausbauen können, dass es am Shabbat, wenn selbst das Fernsehen ruhen soll, einen russischsprachigen Sender gibt; große Viertel in Haifa muten eher russisch an mit Läden, Clubs und sonstigen Institutionen mit Schildern in russischer Sprache und Straßennamen in Hebräisch und Russisch.
- Dubai ist das internationale multikulturelle Zentrum schlechthin – für Business, Medien und Reiche – für arme Dienstboten allerdings ist die ‚Freiheit‘ begrenzt.

In den oben genannten Zusammenhängen aber wird nicht vor der Gefahr einer Parallelgesellschaft gewarnt, obwohl die Werte zur Mehrheits- oder Integrationsgesellschaft durchaus abweichen können.

Wie gehen türkische Behörden und Politiker mit der deutschen Einwanderergesellschaft im Süden der Türkei um? Zu diesen neuen Realitäten einige Aspekte:

- 10.000 Deutsche haben im Raum Antalya, Alanya eine Immobilie erworben;
- 14-tägig gibt es eine deutschsprachige Zeitung mit Informationen für die deutschstämmigen Ansässigen und zeitweiligen Urlauber;
- Geschäfte bieten ‚Mettwurst‘ und ‚Leipziger Allerlei‘ an, deutsches Brot, schwarz oder grau, ist auch zu haben;
- Es gibt einen christlichen Friedhof, der bereits 50 Gräber aufweist und eine protestantische Kirche, ein Pfarrer aus Istanbul hält die Gottesdienste ab;
- Es besteht ein Ausländerbeirat, der 18 Personen aus verschiedenen Nationalitäten umfasst und Belange der ausländischen Gemeinde in die Politik einbringen kann und 14-tägig tagt um Beschwerden der ‚Ausländer‘ entgegen zu nehmen;
- Türkisch zu können ist hier nicht nötig, es gibt viele ‚Rückkehrer‘.⁴

Aus dieser Betrachtung lässt sich schließen, dass offensichtlich nicht die ethnische oder religiöse, sondern die soziale Zugehörigkeit und der Geldbeutel vor allem entscheidend sind, ob Minderheitenverhalten von einer Mehrheitsgesellschaft akzeptiert und toleriert wird. Die beschriebenen Migrantengruppen gehen offensichtlich von ihnen zustehenden Rechten aus, die sie beanspruchen können. Ein ‚Fehlverhalten‘ bezüglich der ‚Bildung einer Parallelgesellschaft‘ kommt keiner Seite in den Sinn.

Es sind darüber hinaus vor allem die Signale der Politik, die mitentscheiden, wie die Gesellschaft mit den ‚Anderen‘ umgeht. Der Bürgermeister von Antalya jedenfalls tut alles, um seine permanenten ‚Gäste‘ zufrieden zu stellen.

Die deutsche Gesellschaft hat in dieser Hinsicht offensichtlich Nachholbedarf. Ob eine Minderheitenkultur ‚auffällig‘ (gemacht) wird, entscheiden am Ende vor allem die Rahmenbedingungen, die durch Politik gesetzt sind, die PolitikerInnen und auch die Medien. Ob

eine Gruppe auffällt, anders ist als die Mehrheit, wird dann vor allem besonders deutlich, wenn diese auch noch in schlechtem Umfeld, in negativ stigmatisierten Orten lebt – und dies als ethnische Minderheit und konzentriert. Dort ist ‚Integration‘ jedoch nicht vor allem eine individuelle Entscheidung, sondern hängt in großem Maße von den gesetzten Bedingungen, Möglichkeiten und Chancen ab. Gerade diese werden durch Kommune, Private und Politik geschaffen.

2. Die Konstruktion von Parallelgesellschaft im Raum durch äußere Bedingungen

Eine zentrale These in unserem Arbeitsfeld der Raumplanung ist, dass die Konstruktion des Raumes, seine Qualität vor allem, eine wichtige Bedeutung für das Zusammenleben in der Gesellschaft hat. Schaut man sich den Bereich des Wohnens und des Wohnumfeldes an, dann ist sehr klar zu zeigen, dass vor allem die Politik der ersten Jahre der ‚Gastarbeiteranwerbung‘ mit verantwortlich ist für die so genannte Ghettobildung, die immer wieder Anlass zur Klage ist und sämtliche Programme der Stadtentwicklung und Wohnen- und Wohnumfeldverbesserung durchzieht⁵.

Am Beispiel des Werkwohnungsbaus wird dies deutlich. Diese Form der Wohnungsvorsorgung ist für das Ruhrgebiet besonders typisch. Die Dimension ist groß, allein die Vitterra Wohnungsbaugesellschaft hat 2005 mehr als 140.000 Wohnungen in NRW an die Investorengesellschaft ‚Deutsche Annington‘ bzw. die englische Gesellschaft ‚Terra Firma‘ verkauft. Die Ruhr-Unternehmen haben ihre angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer in diesen Werkwohnungen untergebracht; es ging für die ‚Gastarbeiter‘ zunächst nicht um eine freie Suche auf dem Wohnungsmarkt.

Ein typisches Beispiel dafür ist die Wohnungsverwaltung von Thyssen im Duisburger Norden, vor allem im Stadtteil Marxloh, wo sie allein über 6.000 Werkwohnungen verfügt. Im Rahmen der Interviews zu einer vergleichenden Städtetestudie an der Universität Bielefeld wurde deutlich, dass Thyssen bewusst die verschiedenen ‚Ethnien‘ in getrennten Wohnquartieren untergebracht hat, die ‚Ghettos‘ also geschaffen wurden: hier die ‚echten Türken‘, dort die Kurden, dort die Jugoslawen etc.. Segregation ist dort also strukturell geschaffen worden (vgl. Hanhörster/Mölder 2000: 397).

Abb. 4: Werkwohnung, ‚türkischer‘ Innenhof in Duisburg-Marxloh



Foto: V. Waltz

Die meisten angeworbenen Arbeitskräfte haben zunächst Werkwohnungen bezogen, wenn sie nicht in Behelfsunterkünften der Werke untergebracht waren (vgl. Bursa 2004). Während in den 60er und 70er Jahren den deutschen Facharbeitern die großen Neubauquartiere im Norden Duisburgs offen standen, hell, begrünt und mit ausreichender Infrastruktur, verblieben die ausländischen Arbeitnehmer in den Mietshäusern der Vor- und Nachkriegszeit, aus denen dann auch kein ‚Entkommen‘ mehr war. So entstand die Situation, dass vor allem die türkischen Familien in den schlechtesten Beständen verblieben und heute, im Zusammenhang mit

den sie besonders hart betreffenden Entlassungen und Arbeitslosigkeit, als die so genannte ‚Problemgruppe‘ dargestellt werden, wenn es um Erneuerungsprogramme geht (vgl. Hanhörster/Mölder 2000).

Das Programm ‚Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf‘ von NRW, ein wichtiger Vorläufer des Bund-Länder-Programms ‚Soziale Stadt‘, fördert Projekte vorrangig in solchen Stadtteilen. 70% der Städte, die sich für die Förderung beworben hatten und aufgenommen wurden, benennen ‚Ausländer‘ als ein zentrales Problem. Maßnahmen und Strategien wurden aber zunächst kaum in diesen Zusammenhang gestellt. Zur Beteiligung der Migranten am Erneuerungsprozess bestehen kaum Vorstellungen. „Sie kommen nicht“ wird konstatiert (DifU 2003; siehe auch den Artikel von Krummacher/Waltz in diesem Band). Melden sie selbstbewusst Wünsche an, etwa gar den Bau einer Moschee, dann finden sie kaum Verständnis sondern Abwehr, und es erfordert langwierige politische Prozesse, bis dieser genehmigt wird.

Die Initiatoren des Programms ‚Internationale Bauausstellung IBA Emscher Park‘, das sich zwischen 1990 und 2000 für Erneuerungsprojekte im besonders durch Umstrukturierung und Arbeitslosigkeit betroffenen Emscherraum am Nordrand des Ruhrgebietes eingesetzt hat, kamen nicht auf die Idee, in den dort häufigen so genannten Migrantentädteilen Pilotprojekte für oder mit Migrantengruppen zu initiieren – sie waren Staffage in den Werbebroschüren. In den Gelsenkirchener Stadtteil Schüngelberg, mit etwa 70% ‚türkischstämmiger‘ Bewohnerschaft, wurde ein völlig neues Viertel für deutsche Mittelständler hineingebaut. Die in einer aufwändigen Mieterbefragung geäußerten Wünsche konnten nicht befriedigt werden. Eine große Wohnküche z.B. entsprach nicht den ‚deutschen‘ Wünschen und wurde nicht ermöglicht (vgl. Krummacher/Waltz 1993). Im Übrigen führte die Erneuerung des Altbestandes, einer grünen ‚Gartenstadt‘, zu enormen Mieterhöhungen mit Vertreibungsgefahren. Alt- und Neu-Schüngelberg leben heute nebeneinander, in Baustruktur und Bewohnerschaft völlig verschieden. „Wenn dort eine türkische Familie wohnt, gehen wir auch einmal dorthin, aber eigentlich selten“, so ein Anwohner aus ‚Alt-Schüngelberg‘ (Bewohner in einer Befragung anlässlich des Besuches einer türkischen Expertengruppe an der Fakultät Raumplanung, 11. April 2005). So bleibt die Bewohnerschaft in ‚Alt-Schüngelberg‘ durch die Planung vornehmlich ‚türkisch‘ und ‚Neu-Schüngelberg‘ vor allem (neu) deutsch, nämlich deutsch-russischer Herkunft.

Resümee

Die Konzentration von Zuwanderern, auch von türkischstämmigen, in bestimmten, benachteiligten Stadtteilen mit schlechter Infrastruktur und defizitärer Wohnstruktur, ist einerseits Ergebnis bestimmter wohnungspolitischer Entscheidungen der Großbetriebe und andererseits dem Status der ersten Generation als Arbeiter mit relativ niedrigem Einkommen geschuldet. Nicht viel anders ist die Situation der deutschen Arbeiter und sozial Benachteiligten in den Mietskasernen der Arbeiterwohnquartiere in den Industriestädten, die – in der Nähe der ehemaligen Industrie gelegen – lange Zeit vernachlässigt worden sind.

Die Förderprogramme haben vor allem an der sozialen Lage der Bewohnerschaft nichts ändern können, weil überwiegend bauliche Maßnahmen gefördert wurden. Für NRW wird

zum Beispiel beobachtet, dass sich die Segregation in den benachteiligten Stadtvierteln noch verstärkt hat, und zwar als ‚soziale, ethnische und demografische‘ Segregation, gekennzeichnet durch Armut und hohe Anteile an Kindern und Jugendlichen (vgl. ILS/ZE-FIR 2006: 8).

Die kommunale Planung hat sich noch immer nicht wirklich von der Idee verabschiedet, dass eine ‚gesunde Mischung‘ von Ausländern und vor allem deutschen Mittelschichten in diesen Stadtteilen eine Lösung der Probleme brächte. Künstliche ‚Mittelstandszonen‘ bleiben Inseln. Nur eine integrierte Stadtentwicklung, die Wohnen, Ausbildung und Arbeiten im Zusammenhang erfasst und Projekte zur Stabilisierung des Stadtteiles und der sozialen Lage der Bevölkerung anstrebt, kann die ‚Ethnisierung‘ eigentlich sozialer Probleme auffangen. Die Stadt ist nicht homogen, ‚arme‘ und ‚reiche‘ Viertel wird man nicht auflösen können, aber das Herausfallen der so genannten ‚armen‘ Viertel aus dem Zusammenhang muss verhindert werden, das kann und muss Stadtpolitik sein. Dies kann auch nur als Aufgabe der Gesamtstadt gesehen werden, Integrationspolitik und Stadtentwicklungspolitik müssen zusammen verfolgt werden.

Darüber hinaus haben die Bewohner eigene Ressourcen und Kompetenzen, die zur Stabilisierung beitragen können – die aber oft nicht einmal erwogen werden. Auch das muss in Stabilisierungskonzepte einfließen können und gewürdigt werden.

Wenn diese Viertel überhaupt noch bewohnbar sind und die Alltagsversorgung möglich ist, dann ist dies vor allem dem Selbsthilfepotenzial der Zuwanderer zu verdanken, die Lebensmittelläden, Kioske, Restaurants und andere Geschäfte übernommen und aufgebaut haben, heute inzwischen auch Handwerksbetriebe innehaben und Arztpraxen, Steuerberaterbüros und Kulturzentren im Quartier bereitstellen, also breite lokale Infrastruktur. Dies aber kommt in der kommunalen Auseinandersetzung um diese Viertel viel zu kurz, und die soziale Frage wird zu einer ethnischen, religiösen Frage umgewandelt.

Die Konflikte, die in der Diskussion um die Parallelgesellschaft aufgeworfen werden, gehen gar nicht um die Realitäten, die bisher deutlich gezeigt haben, dass von einer wirklichen Parallelgesellschaft der Migranten oder der türkischstämmigen Migranten nicht die Rede sein kann. Die strukturelle Diskriminierung, die auch zur Abkapselung der Betroffenen führen kann, wird jedenfalls in dieser Debatte nicht berührt. Darum geht es den Betreibern dieser Debatte offenbar auch gar nicht, und damit auch nicht um die Beseitigung der bestehenden Defizite, um die Änderung von Gesetzen und Programmen etwa zur Ausbildung und Berufsförderung, die eine strukturelle Integrationsverbesserung fördern würden. Viele Städte verfügen nicht einmal über eine ausreichend detaillierte Sozialberichterstattung, die erst das Erkennen von Defiziten und dann auch der Ursachen von Armut möglich machte.

Die Debatte beschäftigt sich vor allem mit dem Kopftuch, mit Zwangsehen, mit den so genannten Importbräuten und mit Kriminalität unter Jugendlichen und kriminellen Jugendbanden. Und wenn es nicht um die deutliche Diskriminierung des ‚Türkischen‘ geht, dann um den Islam. Die Ausnahme, die Besonderheit, wird zum Anlass der Verunglimpfung einer ganzen Gruppe genommen, als einer ganzen Kultur zugehörig zugeschrieben, ohne Unterschied und ohne die Differenzen wahrzunehmen. Auch im Islam ist zu differenzieren, auch dort gibt es Änderungen (vgl. ISIM Review).

Wie viel ist Tradition? Wie viel ist Religion? – Auch solche Fragen müssen gestellt und beantwortet werden, um den Individuen und Gruppen gerecht zu werden. Als kommunale und regionale Planer müssen wir uns eher fragen, wie wir den Raum dafür freimachen oder herstellen können, der strukturelle und individuelle Integration und einen gegenseitigen Prozess der Anerkennung und des voneinander Lernens und Profitierens ermöglicht.

Integration braucht Räume und Chancen, Möglichkeiten zur Kommunikation und zum Austausch sowie zum Rückzug und zur Herausbildung von Identität. In der Raumplanung sprechen wir von

verschiedenen gesellschaftlichen Räumen, die einer Integration dienen können und die durch kommunale Planung gesichert und bereitgestellt werden müssen: dem funktionalen Raum, dem politischen Raum, dem kommunikativen Raum, dem symbolischen Raum (vgl. zu den Raumkategorien ausführlicher Fischer-Krapohl in diesem Band)

Auf allen diesen Raum-Ebenen muss Mehrsprachigkeit möglich sein, Gewohnheit werden, wenn es um zentrale Lebensbereiche geht, für die das Individuum Artikulationshemmnisse überwinden muss und auch in der Planung, bei Befragungen, Versammlungen, in Institutionen, also immer dann, wenn Beteiligung und Engagement erwartet wird. Werden Raum und Chancen für Integration bereitgestellt, lässt sich eine parallelgesellschaftliche Entwicklung, die wirklich trennt, vermeiden. Segregation ist nicht für sich schlecht – abgesehen davon, dass sie nicht einfach aufzuheben ist. Die Folgen der Benachteiligung in den segregierten Vierteln müssen gemildert oder beseitigt werden. Das bedeutet: die Herstellung der Räume, in denen die strukturelle Diskriminierung ein Ende hat. Schulen und Kindergärten müssen den Anforderungen der multikulturellen Realität entsprechen. Es müssen gleichzeitig genügend Finanzmittel in diese Stadtteile geleitet werden, dass die Förderung dieser Quartiere eine dauerhafte und verlässliche Komponente kommunaler Politik wird, sei es durch Umschichtung oder die Setzung anderer Präferenzen. Nur dann kann einer möglichen parallelen Entwicklung der Stadtgesellschaft ernsthaft begegnet werden.

Nur wenige Städte haben dies begriffen. Die Städte Solingen und Essen, die ihre Stadtentwicklung bereits Ende der 90er Jahre auf Migration ausgerichtet haben und Migration als Aufgabe und als Chance begreifen (vgl. Krummacher/Waltz 2002; Waltz 2002; vgl. auch Krummacher/Waltz in diesem Band).

Abb. 5: Räumliche ‚Präsenz‘ - Chinesischer Tempel in Amsterdam



Foto: I. Fischer-Krapohl

Anmerkungen

- 1 Anlässlich der Tagung „Segregation und Migration“ beim Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund am 16. Februar 2005.
- 2 Daneben wurden ebenso Mädchen und junge Frauen der griechischen und italienischen Bevölkerungsgruppe, aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie aus der Gruppe der Aussiedler befragt
- 3 Bundeskanzlerin Merkel benutzte diesen Begriff in ihrer Regierungserklärung im November 2005
- 4 Vgl. hierzu diverse Webseiten, z. B. www.Istanbulpost.net; Alanya Bote, Alanya.cd u.v.m.
- 5 z. B. diverse Sanierungs- und Stadterneuerungsprogramm von Ländern und Bund der 80er Jahre, das Programm ‚Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf‘ in NRW von 1993, das Bund-Länder-Programm ‚Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf‘ von 1999

Bibliografie

- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hg.) (2006): Die aktuelle Pisa Studie der OECD; „Lernen für die Welt von Morgen: Erste Resultate von PISA 2003“. Unter: Webseite www.bmbf.de/de/3292.php, letzter Zugriff am 10.05.06)
- Boos-Nünning, Ursula/Karakaşoglu, Yasemin (2005): Viele Welten leben; Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem, italienischem, jugoslawischem, türkischem und Aussiedlerhintergrund; Abschlussbericht eines Forschungsprojekts im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin
- DifU (Deutsches Institut für Urbanistik) (Hg.) (2003): Strategien für die Soziale Stadt; Erfahrungen und Perspektiven; Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Berlin
- Bursa, Ülkü (2004): Von ‚10 Kubikmeter Luftraum‘ zum Wohneigentum; Wohneigentumsbildung von türkischen Mitbürgern in Hamburg-Wilhelmsburg. Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund
- Bernardo, Luigina di (2001): Interkulturelles Gesamtkonzept der Stadt Solingen. In: Wolf, Judith; Meißner, Volker (Hrsg.): Integration oder Parallelgesellschaft? . Dokumentation eines Fachgesprächs der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“. Essen, 33-46 (im Internet verfügbar unter: www.die-wolfsburg.de/integration.pdf)
- Häußermann, Hartmut (2005): Parallelgesellschaft; Vortrag im Institut für Landes- und Stadtentwicklung des Landes NRW, ILS am 16.02.05, Mitschrift
- Hanhörster, Heike/Mölder, Margit (2000): Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich. In: Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft - Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München, S. 347-400
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (1997): Was treibt die Gesellschaft auseinander - Bundesrepublik Deutschland: auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft; Band 1. Frankfurt am Main
- Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut (1997): Verlockender Fundamentalismus; Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt am Main
- Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft; Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München
- ILS/ZEFIR (Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung) (Hg.) (2006): Sozialraumanalyse; Soziale, ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten; ILS-Schriften 201. Dortmund
- International Institute for the Study of Islam in the Modern World (ISIM): ISIM Review, diverse Jahrgänge (im Internet verfügbar unter: www.isim.nl)
- Krummacker, Michael (2005): Vorlesungsmanskript WS 2005/2006, Fachbereich Sozialpädagogik, EFH Bochum
- Krummacker, Michael/Waltz, Viktoria (2002): Interkulturelle Stadtpolitik – Best Practice Modelle: Interkulturelles Gesamtkonzept Stadt Solingen – ‚Vision Zusammenleben 2010‘; Schlussbericht der Beratung und Begleitforschung im Auftrag der Stadt Solingen. In: Wohlfahrt, Norbert (Hg.): FESA-Transfer; Beiträge zur Entwicklung der sozialen Arbeit, Band 8. Bochum
- Krummacker, Michael/Waltz, Viktoria (1996): Einwanderer in der Kommune; Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen
- Krummacker, Michael/Waltz, Viktoria (1993): AusländerInnen in der IBA Emscher Park – ein ‚blinder Fleck‘ – Na und? In: Müller, Sebastian/Schmals, Klaus Maria (Hg.): Die Moderne im Park?; Ein Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscherraum. Dortmund, 169-195
- MASSKS (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW) (Hg.) (2000): NRW Agenda 2000; Neue Wege interkultureller Stadtpolitik: Das ‚Essener Modell‘. Neuss
- Mayer, Thomas (2005): Parallelgesellschaft und Demokratie. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Online Akademie, (im Internet verfügbar unter www.fes-online-akademie.de/send_file.php/download/pdf/MEYER_PARALLELGESELLSCHAFT_UND_DEMOKRATIE.PDF; Zugriff am 13.12.2005)
- Waltz, Viktoria (2002): Migration und Stadt: best practice Beispiele in Nordrhein-Westfalen. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hg.): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft; Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell? Opladen, 147-164

Wohlfahrt, Norbert (Hg.): *FESA-Transfer; Beiträge zur Entwicklung der sozialen Arbeit, Band 7*. Bochum
ZfT (Zentrum für Türkeistudien) (2003): *Konstanz und Wandel der Lebenssituation türkischstämmiger Mig-
ranten; Studie im Auftrag des MGSFF (Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des
Landes NRW)*. Düsseldorf